

Antworten der Parteien auf die frauenpolitischen Wahlprüfsteine zur Kommunalwahl in der Stadt Kassel

Auf unsere Anfrage haben vier Parteien geantwortet, von allen anderen gab es keinerlei Reaktion.

Fragen Wahlprogramme der Parteien	Bündnis 90/Die Grünen https://gruene-kassel.de/wpcontent/uploads/sites/65/2026/01/GRUENE_KW2026-	SPD https://spdkassel.de/wpcontent/uploads/2025/12/Kassel_wieder_auf_Kurs_Kommunalwahlprogramm_2026_SPD_Kassel.pdf	CDU https://www.cdukassel.de/wahlen/wahlprogramm/	DIE LINKE https://kommunalwahl.die-linke-kassel-stadt.de/kommunalwahlprogramm/
Vorbemerkung Am 15. März 2026 wird in Kassel die nächste Kommunalwahl stattfinden, bei der die Stadtverordnetenversammlung und die Ortsbeiräte gewählt werden. Kassel ist eine lebendige Großstadt mit nahezu 200.000 Einwohnerinnen und Einwohnern, davon sind etwa 51 % Frauen. Frauen stellen damit nicht nur eine mehrheitliche Bevölkerungsgruppe, sondern auch eine bedeutende Wählerinnengruppe in unserer Stadt dar. Ihre Lebenslagen, Bedürfnisse und Erfahrungen betreffen zentrale kommunalpolitische Aufgaben – von Sicherheit über Arbeitsmarktchancen und Ausbildung bis hin zu Gesundheit, Care-Arbeit und Teilhabe. Die Soroptimist-Clubs sehen es als ihre Aufgabe an, politische Verantwortliche auf frauenpolitische Herausforderungen vor Ort aufmerksam zu machen und klare Positionen einzufordern. Soroptimist International (SI) ist dabei unabhängig und parteipolitisch neutral; wir setzen uns für die Förderung von Frauen und Mädchen und für Chancengleichheit ein. Mit den folgenden Wahlprüfsteinen bitten wir die am Wahlprozess beteiligten Parteien in Kassel, ihre Frauenpolitik für die kommende Wahlperiode darzulegen – mit konkreten Maßnahmen, Zielen und Zeitperspektiven.	Vorbemerkung Kassel ist eine vielfältige Stadt, in der Frauen mehr als die Hälfte der Bevölkerung stellen. Frauen- und Gleichstellungspolitik ist für uns keine Randaufgabe, sondern ein zentraler Bestandteil kommunaler Demokratie, sozialer Gerechtigkeit und gesellschaftlicher Stabilität. Gerade vor dem Hintergrund weltweiter Rückschritte bei Frauen- und Menschenrechten sehen wir Kommunen in einer besonderen Verantwortung, Schutz, Teilhabe und Selbstbestimmung aktiv zu sichern. In Kassel knüpfen wir dabei an bestehende Strukturen, Programme und langjährige grüne Arbeit an und entwickeln diese konsequent weiter.	Vorbemerkung Die SPD Kassel ist dankbar, dass sie über viele Jahrzehnte hinweg die Möglichkeit hatte, die Frauen- und Gleichstellungspolitik in unserer Stadt aktiv mitzugestalten. Fortschritte für Frauen sind in Kassel immer dann besonders erfolgreich gewesen, wenn sie getragen wurden von einer engagierten Zivilgesellschaft, den zahlreichen Vereinen und Frauenorganisationen sowie von einer parteiübergreifenden Solidarität und konstruktiven Zusammenarbeit im Magistrat und in der Stadtverordnetenversammlung. Frauenpolitische Erfolge entstehen aus Dialog, gegenseitigem Respekt und dem gemeinsamen Willen, die Lebensrealitäten von Frauen in ihrer Vielfalt ernst zu nehmen. Diese Haltung prägt das politische Handeln der SPD Kassel bis heute. Bei den folgenden Antworten auf die frauenpolitischen Wahlprüfsteine haben wir uns sehr eng am aktuellen Kommunalwahlprogramm der SPD Kassel orientiert.		Vorbemerkung Grundsätzlich lässt sich sagen, dass wir den Anspruch haben, bei jeder Entscheidung mitzubedenken, ob Maßnahmen Ungleichheit und Ungleichbehandlung vertiefen oder entgegen wirken. Trotz der Errungenschaften der feministischen Bewegungen leben wir nach wie vor in einer patriarchalen Gesellschaft. Das wirkt sich auf alle Einkommensgruppe aus, besonders betroffen sind auch hier FLINTA* (Frauen, Lesben, Intersexuelle, Non-binäre, Transpersonen, Asexuelle und weitere) mit wenig Geld und Migrationsgeschichte. Für uns ist Sozialpolitik als Gerechtigkeitspolitik daher auch aus einer feministischen Sicht geboten.

I. Gewalt gegen Frauen und Mädchen

1. Bitte legen Sie dar, wie Sie den **Ausbau von Schutz, Beratung und Unterstützung für von Gewalt** betroffene Frauen und ihre Kinder in Kassel konkret voranbringen wollen. Welche Ziele setzen Sie sich bis 2029 und wie sollen diese finanziert werden?

2.Beschreiben Sie, wie Sie die **Umsetzung der Istanbul-Konvention in Kassel** organisatorisch, finanziell und politisch absichern wollen. Welche Rolle sollen Koordination, Monitoring und ressortübergreifende Zusammenarbeit spielen?

3.Erläutern Sie, welche **Präventionsstrategien** Sie in Schulen, Jugendarbeit, Vereinen und im öffentlichen Raum stärken oder neu auflegen wollen und wie diese dauerhaft verankert werden sollen.

4. Stellen Sie dar, welche **konkreten Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit von Frauen im öffentlichen Raum** (z. B. Beleuchtung, Haltestellen, Stadtgestaltung, Angsträume) Sie umsetzen wollen und wie Sie deren Wirkung überprüfen.

1. Ausbau von Schutz, Beratung und Unterstützung Gewalt gegen Frauen ist eine der drängendsten kommunalen Herausforderungen. Nach aktuellen Lagebildern erlebt in Deutschland mindestens alle vier Minuten ein Frau partnerschaftliche Gewalt. Für das Jahr 2024 wurden über 171.000 Betroffene von Partnerschaftsgewalt registriert, darunter rund 136.000 Frauen. Auch häusliche Gewalt insgesamt erreichte 2024 einen neuen Höchststand; rund drei Viertel der Betroffenen sind Frauen. In Kassel bestehen bereits Frauenhäuser, Schutzwohnungen und spezialisierte Beratungsstellen wie z.B. LK2 oder das 24-StundenNotfalltelefon. Diese wollen wir finaziell verlässlich absichern und bedarfsgerecht weiterentwickeln. Unser Ziel bis 2029 ist es, Schutzplätze und Beratungsangebote dauerhaft finanziell zu sichern, Zugänge niedrigschwellig, barrierefrei und mehrsprachig zu gestalten und die kommunale Mitfinanzierung stabil auszugestalten. Landes- und Bundesmittel sollen dabei systematisch ergänzt und genutzt werden. Wichtig ist uns zudem eine sensible und vertrauliche Praxis, die Betroffene entlastet und nicht retraumatisiert: Niemand soll sich im Hilfesystem wiederholt erklären, rechtfertigen oder ‚Beweise‘ vorlegen müssen, bevor Unterstützung greift. Deshalb stärken wir fallbegleitende Beratung und eine verlässliche Lotsenfunktion, die durchgehend von der ersten Kontaktaufnahme bis zur sicheren Unterbringung, medizinischen Versorgung und rechtlichen Beratung unterstützt. Viele Betroffene erleben Strafverfahren als zusätzliche Belastung: Aussage-gegen- Aussage-Konstellationen, lange Verfahrensdauern und fehlende Unterstützung können dazu führen, dass Anzeigen unterbleiben oder Verfahren eingestellt werden. Zugleich zeigen Untersuchungen zur Sanktionspraxis, dass ein erheblicher Anteil von Freiheitsstrafen in Sexualdelikten zur Bewährung ausgesetzt wird; in einer empirischen Urteilsanalyse lag die Bewährungsquote bei Vergewaltigungen bei rund 45 Prozent. Die Ausgestaltung des Strafrechts liegt auf Bundesebene, die Strafverfolgung bei Land und Justiz. Kommunal können wir jedoch entscheidend dazu beitragen, dass Betroffene besser geschützt und begleitet werden. Deshalb setzen wir uns ein für:

- ausreichend finanzierte Fachberatungsstellen, die Betroffene auch zur Polizei und in Gerichtsverfahren begleiten (inklusive

Der Schutz von Frauen und Mädchen vor Gewalt ist für die SPD Kassel ein zentraler Bestandteil sozialer Stadtpolitik. Gewaltprävention, Schutz und Unterstützung für Betroffene sind unverzichtbare Bestandteile kommunaler Verantwortung.

In Kassel gibt es seit über 40 Jahren ein Frauenhaus als zentrale Schutzund Anlaufstelle für von Gewalt betroffene Frauen und ihre Kinder. Die SPD Kassel hat sich in den vergangenen Jahren dafür eingesetzt, die Kapazitäten dieses Frauenhauses zu erweitern. In der Verantwortung der sozialdemokratischen Bürgermeisterin wurde die Erweiterung der Platzzahl um 14 zusätzliche barrierefreie Plätze umgesetzt, um mehr Frauen und Kindern einen sicheren Schutzraum bieten zu können.

Diese Maßnahme steht exemplarisch für den sozialdemokratischen Ansatz, bestehende Hilfestrukturen zu sichern und bedarfsgerecht weiterzuentwickeln. Ergänzend dazu unterstützt die SPD Kassel die Arbeit von Beratungsstellen und sozialen Trägern, die gewaltbetroffene Frauen begleiten, beraten und stabilisieren.

Prävention verstehen wir als dauerhafte Aufgabe kommunaler Politik. Dazu gehören Aufklärung, Sensibilisierung und eine enge Vernetzung von Jugendhilfe, Schulen, Beratungsstellen und Zivilgesellschaft. Sicherheit im öffentlichen Raum ist Teil sozialer Gerechtigkeit und Voraussetzung für gleichberechtigte Teilhabe. Wir setzen uns für eine bessere Beleuchtung und mehr Sicherheitspersonal ein und wollen den Schaddel-Service gezielt für Frauen in den Abend- und Nachtstunden ausbauen.

Die Ziele der Istanbul-Konvention dienen uns als wichtiger Orientierungsrahmen, um Gewaltschutz, Prävention und Unterstützung für Betroffene auf

1. Die CDU Kassel misst dem Schutz von Frauen und Kindern vor Gewalt höchste Priorität bei. Sicherheit ist für uns Grundlage von Lebensqualität und gesellschaftlichem Zusammenhalt. Deshalb wollen wir bestehende Beratungs- und Schutzangebote in Kassel verlässlich sichern und bedarfsgerecht ausbauen. Wir setzen dabei auf:

- stabile finanzielle Förderung bestehender Frauen- und Kinderschutzeinrichtungen
- bessere Vernetzung von Polizei, Jugendhilfe, Gesundheitswesen und Beratungsstellen
- niedrigschwellige Zugänge zu Hilfeangeboten in allen Stadtteilen

Der unsicherste Ort für Frauen ist das Zuhause. Daher ist die Wohnungspolitik entscheidend. Niedrigschwellige Schutz- und Anlaufstellen benötigen Räume und Personal. In Kassel gibt es engagierte Stellen wie Franka e.V., fif und FaX. Sie wissen, was notwendig ist und wo sie Unterstützung brauchen. Auch bei der vollumfänglichen Umsetzung der Istanbul-Konvention, geht es um finanzielle Ressourcen und damit um Prioritäten. Der Schutz vor Gewalt besonders von Frauen, Queers und Kindern hat für uns oberste Priorität, was sich auch in unserem Kommunalwahlprogramm widerspiegelt (siehe bspw. S. 65/66) Mit unserem Motto Kümmern statt Kürzen greifen wir dies auf, da eine sorgende Stadt auch bei Kürzungsvorgaben von oberer Ebene nicht an den Aufgaben der Daseinsvorsorge, zu denen für uns Beratungsstellen und Frauen/Queers/Kinderschutzhäuser natürlich dazu gehören, sparen darf. Unsere Rolle im Rathaus sehen wir dabei darin, zu kontrollieren inwiefern der Auftrag aus der Istanbul-Konvention oder zur Umsetzung von Schutzkonzepten in Schulen ausgeführt wird. Durch Nachfragen an den Magistrat, Ansprechbarkeit für Initiativen, und Einbringen von Anträgen. Auch ihre Fragen können wir sehr gern in der nächsten Legislaturperiode an den Magistrat richten, da mit zunehmender (sexualisierter) Gewalt gegen FLINTA* Personen auch der weitere Ausbau des Hilfesystems leider kontinuierliche Aufmerksamkeit benötigen wird.

Präventionsstrategien finden sich auch in Schulen etc. finden sich auch in unserem Wahlprogramm, bspw. auf S. 40: „Schule als friedlicher Lebens- und Begegnungsraum:

- Schulen als offene Quartierszentren: Ausbau von Schulstandorten zu lebendigen Lern- und Begegnungsorten – mit Bibliotheken, Kultur-, Freizeit- und Sportangeboten sowie einer unbürokratischen Raumvergabe an Initiativen aus dem Stadtteil
- Frieden und Demokratie im Unterricht: Kein Zugang für Jugendoffizier*innen oder militärische Werbung an Kasseler Schulen. Vorrang für Friedenserziehung, Menschenrechte und gewaltfreie Konfliktlösung
- Faire öffentliche Finanzierung: Ausreichende kommunale Mittel für alle Schulen, damit Bildung nicht von privaten Spenden oder Sponsoring abhängig wird

psychosozialer Unterstützung),
- verbindliche, niedrigschwellige Zugänge zu medizinischer Versorgung und vertraulicher Spurensicherung nach sexualisierter Gewalt, klare Kooperationsketten zwischen Beratungsstellen, Gesundheitsdiensten, Polizei und Jugendhilfe, damit Hilfe schnell greift und Zuständigkeiten nicht ‚hin- und hergeschoben‘ werden,
- traumasensible Fortbildungen in Verwaltung, kommunalen Einrichtungen und in der Zusammenarbeit mit Sicherheitsbehörden, kommunale Initiativen und Resolutionen gegenüber Land und Bund für eine konsequente Strafverfolgung, opferschützende Verfahren und eine Sanktionspraxis, die dem Unrecht sexualisierter Gewalt gerecht wird.

2. Umsetzung der Istanbul-Konvention
Die Istanbul-Konvention ist für uns verbindlicher Maßstab kommunalen Handelns. Wir setzen auf eine klare Koordinierung über das Amt für Chancengleichheit, regelmäßiges Monitoring und ressortübergreifende Zusammenarbeit zwischen Sozialem, Gesundheit, Bildung, Sicherheit und Stadtplanung. Auf Grundlage der Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern wollen wir einen verbindlichen kommunalen Aktionsplan fortschreiben.

3. Prävention von Gewalt
Nachhaltige Gewaltbekämpfung beginnt bei der Prävention. Wir wollen Präventionsarbeit:
- in Schulen, Jugendarbeit und Vereinen dauerhaft stärken,
- geschlechterreflektierte Bildungsangebote und Programme zur Stärkung von Selbstbestimmung, Respekt und Gewaltfreiheit ausbauen, durch Kampagnen und Sensibilisierung auch im öffentlichen Raum sichtbar machen. Ziel ist eine dauerhafte institutionelle Verankerung von Prävention, die über zeitlich befristete Modellprojekte hinausgeht.

4. Sicherheit von Frauen im öffentlichen Raum
Wir setzen auf einen ganzheitlichen Ansatz zur Verbesserung der Sicherheit von Frauen im öffentlichen Raum. Dazu gehören:
- eine bedarfsgerechte Beleuchtung öffentlicher Wege und Plätze,
- sichere, gut einsehbare Haltestellen,

kommunaler Ebene weiterzudenken und politisch abzusichern – im Rahmen der kommunalen Zuständigkeiten und finanziellen Möglichkeiten.

• Erweiterte Jugendangebote: Außer-schulische Lern- und Freizeitangebote, die geschlechtsspezifische Bedarfe berücksichtigen – für Mädchen, Jungen und queere Jugendliche gleichermaßen“ (S.40)
Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit von Frauen im öffentlichen Raum finden sich auch in unserem Wahlprogramm, bspw.:
„Damit Sicherheit und Sicherheitsgefühl für alle steigen, ist die Gestaltung der Straßen und Plätze durch Beleuchtung und Infrastruktur zu verbessern. Wir wollen, dass die Stadt ein flächendeckendes Konzept für sichere Wege (insbesondere nach 22 Uhr) entwickelt – unter Beteiligung besonders schutzbedürftiger Gruppen.“ (S.64/65)
„Wir fordern konkret:
- Beleuchtung an öffentlichen Orten, die nachts von Fußgänger*innen genutzt werden. Bewegungsmelder sollen ausreichend, aber nicht überempfindlich reagieren, damit keine Dauerbeleuchtung durch Tiere entsteht. Außerdem ist auf naturverträgliche Lichtquellen zu achten.
- Einrichtung eines Notrufsystems speziell für den Aue-Park
- Einführung von Taxikarten für FLINTA*-Personen zwischen 16 und 30 Jahren, nach dem Vorbild bestehender Uni-Projekte; Ausbau des nächtlichen Schaddel-Services der KVG“ (S.65)
siehe auch:
<https://linksfraktion-kassel.de/umsetzung-der-istanbul-konvention-in-kassel/>
<https://linksfraktion-kassel.de/vorstellung-der-fachberatungsstelle-fax/>

	- eine geschlechtergerechte Stadt- und Freiraumgestaltung, - die systematische Analyse und Umgestaltung sogenannter Angsträume. Darüber hinaus ist für uns klar: Gewaltprävention darf sich nicht nur an potenzielle Betroffene richten, sondern muss auch die Verursacher in den Blick nehmen. Deshalb setzen wir uns ausdrücklich für die Sensibilisierung von Männern und Jungen ein – etwa durch: - Präventions- und Bildungsangebote in Schulen und Jugendarbeit, - Programme zur Reflexion von Rollenbildern, Männlichkeitsnormen und Grenzverletzungen, - Kampagnen im öffentlichen Raum, die deutlich machen, dass Gewalt und Belästigung geahndet werden. Die Wirksamkeit der Maßnahmen wollen wir regelmäßig überprüfen, unter anderem durch Beteiligung von Frauen, Rückmeldungen aus Beratungsstellen sowie eine fortlaufende Evaluation.			
II. Beteiligung von Frauen an der Stadtpolitik 5. Bitte beschreiben Sie, mit welchen Instrumenten und Zielen Sie den Anteil von Frauen in politischen Gremien, Aufsichtsräten und Führungsfunktionen der Stadt Kassel erhöhen wollen. 6. Legen Sie dar, wie Sie die Rahmenbedingungen für politisches Engagement von Frauen verbessern wollen (z. B. Vereinbarkeit, Sitzungszeiten, hybride Formate, Kinderbetreuung, Nachwuchsförderung). 7. Erläutern Sie, wie Gleichstellungsperspektiven systematisch in politische Entscheidungen der Stadt integriert werden sollen.	<i>5. Parität und Vorbildfunktion</i> Als Grüne setzen wir Parität praktisch um: Unsere Listen sind paritätisch besetzt, Platz 1 ist grundsätzlich ein Frauenplatz. Diese Praxis wollen wir auch auf kommunaler Ebene stärken – durch paritätische Besetzungen in Gremien, Beiräten und Aufsichtsräten sowie transparente Auswahlverfahren. Unsere aktuelle Fraktion ist zu 75 % weiblich besetzt (14 Frauen, 6 Männer) und wird von einer weiblichen Doppelspitze geführt. Im Magistrat sind wir mit 4 Frauen und 3 Männern vertreten. <i>6. Rahmenbedingungen für politisches Engagement</i> Care Arbeit wird nach wie vor überwiegend von Frauen übernommen. Wir verbessern die Rahmenbedingungen für politisches Engagement durch familien- und care-gerechte Sitzungszeiten, hybride und digitale Formate, verlässliche Kinderbetreuung bei Sitzungen sowie Mentoring und Nachwuchsprogramme für Frauen. Ergänzend setzen wir uns dafür ein, dass bei städtischen Großveranstaltungen und offiziellen Empfängen – sofern die Stadt Veranstalterin ist – Betreuungsangebote vorgesehen werden, damit Teilhabe nicht an Care-Verantwortung scheitert. Darüber hinaus bauen wir das Betreuungsangebot massiv aus. In	Gleichberechtigte politische Teilhabe ist für die SPD Kassel ein wesentlicher Bestandteil demokratischer Stadtpolitik. Frauen müssen auf allen Ebenen kommunaler Entscheidungsprozesse angemessen vertreten sein und reale Einflussmöglichkeiten haben. Nach der letzten Kommunalwahl wurde in Kassel ein paritätisch besetzter hauptamtlicher Magistrat gebildet. Diese Parität bestand bis 2023 und war Ausdruck eines klaren politischen Willens zur Gleichstellung. Unter später veränderten Mehrheitsverhältnissen wurde diese paritätische Besetzung nicht fortgeführt. Aus Sicht der SPD Kassel zeigt dies, dass Parität kein Selbstläufer ist, sondern Ergebnis bewusster politischer Entscheidungen. Innerhalb der SPD setzen wir uns seit vielen Jahren für Frauenförderung, Parität und Nachwuchsarbeit ein. Dieses Engagement wollen wir auch weiterhin sichtbar fortführen. Darüber hinaus unterstützen wir familienfreundliche und zeitgemäße Beteiligungsformate. Dazu gehören ausdrücklich hybride Beteiligungsmöglichkeiten, etwa bei Fraktionssitzungen, Unterbezirksausschüssen, Arbeitskreisen oder Parteiveranstaltungen. Gleichstellungsperspektiven sollen systematisch in kommunale Entscheidungen einbezogen werden.	5. Die CDU Kassel unterstützt eine stärkere Beteiligung von Frauen in politischen Gremien und Führungsfunktionen. Ziel ist Chancengleichheit durch bessere Rahmenbedingungen, nicht durch starre Vorgaben. Wir setzen auf gezielte Ansprache und Förderung von Frauen für kommunalpolitisches Engagement. 6. Viele Frauen engagieren sich trotz hoher familiärer und beruflicher Belastung politisch. Die CDU Kassel will dieses Engagement erleichtern. Maßnahmen: Zum Beispiel hybrider Teilnahmekomplexe Förderung politischer Nachwuchsarbeit Dies entspricht unserem Leitbild einer Politik aus der Mitte der Gesellschaft, die ehrenamtliches Engagement stärkt. 7. Die CDU Kassel versteht Gleichstellung als Querschnittsaufgabe kommunaler Politik. Die Lebensrealitäten von Frauen unterscheiden sich in vielen Bereichen – etwa bei Sicherheit, Mobilität, Care-Arbeit oder Gesundheit. Diese Perspektiven wollen wir systematisch in städtische Entscheidungen einbeziehen. Konkret setzen wir auf folgende Instrumente: - frühzeitige Beteiligung der Gleichstellungsstelle bei relevanten	Fragen 5-7 Wir sind bestrebt unsere queerfeministischen Ansprüche selbst zu verwirklichen. Deshalb sind unsere Listen grundsätzlich quotiert. In dieser Kommunalwahl haben wir außerdem ein Spitzenteam aus drei Frauen. Dadurch tragen wir selbst zu mehr Frauen in den Gremien bei und ermutigen durch unser Vorbild sich solch ein Amt zuzutrauen. Wir beobachten auch in der Stadtpolitik kritisch wie Stellen vergeben werden und setzen uns dafür ein Frauen und Menschen mit Migrationserfahrung bei vergleichbarer Qualifikation zu bevorzugen. Unsere Fraktionssitzungen finden immer hybrid statt und bei größeren Veranstaltungen und Mitgliederversammlungen der Linken bieten wir Kinderbetreuung an. Es ist Aufgabe der Kommune eine ausreichende Anzahl an Krippen- und Kitaplätzen zur Verfügung zu stellen. Wir haben die unzureichende Versorgung in den letzten Jahren immer wieder zum Thema gemacht. Inzwischen wurde der Ausbau begonnen, aber deckt den tatsächlichen Bedarf, gerade auch Nachmittags und Abends, noch lange nicht. Das trifft insbesondere ärmere und migrantische Frauen und ihre Kinder. Beim Ganzttag liegt unser Fokus nicht nur auf der Anzahl an Plätzen, sondern auch

	den letzten fünf Jahren sind knapp 1.500 zusätzliche Kita-, Hort- und Krippenplätze entstanden. Wir möchten auch in den kommenden Jahren jährlich 250 neue Plätze schaffen. <i>7. Gleichstellung als Querschnittsaufgabe</i> Gleichstellung soll systematisch über Gender Mainstreaming und intersektionale Perspektiven in allen politischen Entscheidungen berücksichtigt werden. Das Amt für Chancengleichheit spielt dabei eine zentrale koordinierende Rolle.		Vorhaben der Stadt - Berücksichtigung von Sicherheitsaspekten für Frauen in Stadtplanung und öffentlichem Raum (z. B. Beleuchtung, Wegeführung, Aufenthaltsqualität) Damit verbinden wir Gleichstellungspolitik mit unserem Grundsatz einer lebensnahen Stadtentwicklung, die sich am Alltag der Menschen orientiert und Sicherheit, Teilhabe und Lebensqualität stärkt. Die CDU Kassel will eine Stadt, die für alle Generationen funktioniert und unterschiedliche Lebenslagen berücksichtigt.	auf der Qualität der Nachmittag-angebote. Ebenso setzen wir uns für weiter Betreuungs- und Begegnungsorte, wie beispielsweise das Projekt „Gewächshaus“ ein. Mehr solcher niedrigschwelliger Orte sowie eine Gesellschaftskultur, in der Kinder selbstverständlich willkommen sind, würde auch das Klima bei politischen Veranstaltungen und Sitzungen verbessern sowie Eltern und Kinder ganz konkret entlasten. Dazu auch in unserem Wahlprogramm, bspw. S. 6: „Dabei braucht es ein besonderes Augenmerk auf Bewohner*innen, die wenig Zugang zur Kommunalpolitik haben. Die Sitzungstermine und -orte sind meist nicht an die Lebensrealitäten von Frauen, queeren Menschen, People of Color, Menschen mit internationaler Familiengeschichte, Armutsbetroffenen, Vollzeiterwerbstätigen und Menschen mit Behinderung angepasst. Es braucht barrierefreie Räume, Hilfen wie Übersetzungsdienste, flexible Zeiten, Möglichkeiten zur Kinderbetreuung sowie bessere Honorare.“ oder ganztägige Betreuungsangebote auf S. 36
III. Würdigung und Sichtbarmachung von Frauen – insbesondere im Ehrenamt 8. Bitte stellen Sie dar, wie die Stadt Kassel ehrenamtlich engagierte Frauen künftig stärker sichtbar würdigen und auszeichnen will und wie diese Anerkennung strukturell verankert werden soll. 9. Beschreiben Sie, welche Strategien Sie verfolgen, um Frauen in der Stadtgeschichte und im Stadtbild stärker sichtbar zu machen (z. B. Straßen- und Platzbenennungen, öffentliche Gebäude, Erinnerungskultur). 10. Erläutern Sie, wie Sie die Rahmenbedingungen für ehrenamtliche Arbeit insgesamt verbessern wollen, insbesondere in Bereichen, in denen überwiegend Frauen tätig sind.	<i>8. Ehrenamtliche Arbeit</i> Ehrenamtlich engagierte Frauen wollen wir durch gezielte Ehrungen, öffentliche Anerkennung und strukturelle Verankerung in Förder- und Vergaberichtlinien noch stärker und sichtbarer würdigen. <i>9. Frauen in Stadtgeschichte und Stadtbild</i> Wir setzen uns für eine stärkere Sichtbarkeit von Frauen bei Straßen und Platzbenennungen, in der Erinnerungskultur und in Bildungs- und Kulturprojekten ein, unter anderem durch die Weiterentwicklung bestehender Orte wie dem Platz der 11 Frauen. <i>10. Rahmenbedingungen für Ehrenamt</i> Ehrenamtliche Arbeit ist für den sozialen Zusammenhalt in Kassel unverzichtbar. In vielen Bereichen – etwa in sozialen Initiativen, Bildungsarbeit, Pflege- und Nachbarschaftsprojekten – wird sie überwiegend von Frauen getragen. Diese Arbeit ist häufig zeitintensiv, emotional belastend und bleibt dennoch oft unsichtbar.	Ehrenamtliches Engagement ist ein tragender Pfeiler des gesellschaftlichen Zusammenhalts in Kassel. Für uns ist Kassel die Hauptstadt des Ehrenamtes, wie man auf unseren Parteiplakaten lesen kann. Viele dieser Leistungen werden von Frauen erbracht, insbesondere in sozialen, kulturellen, bildungsbezogenen und nachbarschaftlichen Bereichen. Leider erfahren vielfach gerade Frauen nicht die Anerkennung, die ihnen zusteht. Die SPD Kassel setzt sich dafür ein, ehrenamtliches Engagement sichtbarer zu würdigen und angemessen anzuerkennen. Dabei ist uns besonders wichtig, dass die Leistungen von Frauen stärker in den Blick genommen werden. Zur konkreten Umsetzung gehört für uns, Frauen gezielt für städtische Ehrungen, Auszeichnungen und Anerkennungsformate vorzuschlagen. Gleichzeitig wollen wir die Bevölkerung ausdrücklich ermutigen, Frauen für Ehrungen zu benennen. Anerkennung bedeutet für uns nicht nur symbolische Würdigung, sondern auch verlässliche Unterstützung und Wertschätzung.	8. Die CDU Kassel misst dem Ehrenamt eine herausragende Bedeutung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt in unserer Stadt bei. Viele ehrenamtliche Leistungen werden von Frauen getragen – häufig im sozialen, kulturellen, kirchlichen oder bildungsbezogenen Bereich. Dieses Engagement verdient stärkere öffentliche Anerkennung. Wir setzen uns daher dafür ein: - bestehende städtische Ehrungen und Auszeichnungen gezielt sichtbarer zu machen - neue Formate der Anerkennung zu entwickeln (z. B. Ehrenamtsveranstaltungen, öffentliche Würdigungen) - Ehrenamt insgesamt strukturell zu stärken und verlässlich zu fördern Die CDU Kassel steht dafür, dass freiwilliges Engagement, das Gemeinschaft und Zusammenhalt trägt, politische Unterstützung und öffentliche Wertschätzung erhält. 9. Frauen haben Kassel in Geschichte und Gegenwart entscheidend geprägt. Die CDU	Fragen 8-10 Es gibt bereits genug Straßen, die nach Männern benannt sind. Zukünftige Straßennamen sollten daher nach Frauen benannt werden. Wie wäre es zum Beispiel, wenn im Forstfeld der Name des Kolonialmörders Wissmann gestrichen würde und die Straße stattdessen nach Marielle Franco benannt werden würde, eine Kommunalpolitikerin in Brasilien, die wegen ihres Engagements für Gleichberechtigung erschossen wurde. Außerdem sollte bei der Benennung von Ehrenbürgerschaften primär die oft übersehenen Beiträge von Frauen mit quotierten Benennungen in den Blick genommen werden. Die Sichtbarmachung auch als Vorbildfunktion ist daher immer wieder zentral. Das Ehrenamtsfest wollen wir weiterführen, aber auch im Alltag muss die Möglichkeit für Ehrenamt erleichtert werden. Das scheitert bei manchen schon an der Fahrkarte oder an der Zeit. Die Kommune kann hier sowohl bei der Organisation des Nahverkehrs, also auch bei Arbeitszeitverkürzung

	Wir setzen uns deshalb dafür ein, die Rahmenbedingungen für ehrenamtliches Engagement gezielt zu verbessern: - bessere Beratung und Begleitung für Ehrenamtliche, insbesondere bei rechtlichen, organisatorischen und finanziellen Fragen, - Abbau bürokratischer Hürden, etwa durch vereinfachte Förderverfahren, verständliche Antragsformate und digitale Zugänge, stärkere Anerkennung ehrenamtlicher Arbeit, auch durch öffentliche Sichtbarkeit und Würdigung, - gezielte Unterstützung von Engagementformen, die Care-Arbeit, soziale Verantwortung und Gemeinwohl in den Mittelpunkt stellen.		Kassel unterstützt Initiativen, die Leistungen von Frauen im Stadtbild und in der Erinnerungskultur stärker sichtbar machen. Unser Ziel ist eine Erinnerungskultur, die die Vielfalt der Stadtgesellschaft widerspiegelt und Identität stiftet. Kultur und Geschichte sollen für alle sichtbar und zugänglich sein. 10. Ehrenamtliche Arbeit ist ein tragender Bestandteil des gesellschaftlichen Lebens in Kassel. In vielen Bereichen – etwa im sozialen, kulturellen, kirchlichen oder integrativen Engagement – sind Frauen besonders stark vertreten. Die CDU Kassel will deshalb die Rahmenbedingungen für ehrenamtliche Tätigkeit insgesamt weiter verbessern. Unser Ziel ist es, Engagement zu erleichtern und wertzuschätzen. Dazu gehören aus unserer Sicht vor allem: • - verlässliche Unterstützung gemeinnütziger Vereine und Initiativen • - allgemeine Stärkung der Anerkennungskultur für freiwilliges Engagement • Die CDU Kassel sieht im Ehrenamt ein zentrales Fundament des Zusammenhalts in unserer Stadt. Deshalb sollen freiwillig Engagierte weiterhin auf die Unterstützung und Verlässlichkeit der Stadt bauen können.	mit Lohn- und Personalausgleich voran gehen. Denn eine Kommune lebt vom Ehrenamt. Wir setzen uns für das Konzept der sorgenenden Stadt ein, in der in jedem Stadtteil ein Sorgezentrum existiert. In diesen Sorgezentren kann neben vielem anderen lokal verankertes Ehrenamt und Nachbarschaftshilfe unbürokratisch organisiert und ohne lange Wege umgesetzt werden. Dazu bspw. S. 10 „Überprüfen von Straßennamen Straßen, Plätze und Ehrenbürgerschaften von Personen, die rassistische, faschistische oder sonstige menschenverachtende Taten begangen oder legitimiert haben, müssen umbenannt werden. Dazu fordern wir Aufklärungsarbeit der Stadt und Beteiligung der Bewohner*innen.“
IV. Integration in Arbeit, Qualifizierung und Fachkräftesicherung 11. Bitte legen Sie dar, welche kommunalen Strategien und Programme Sie ausbauen oder neu auflegen wollen, um zugewanderte und geflüchtete Frauen besser in Ausbildung und Arbeit zu integrieren (Sprachförderung, Anerkennung, Beratung, Einstiegshilfen). 12. Beschreiben Sie, wie Sie Frauen ohne formalen Berufsabschluss oder mit unterbrochenen Erwerbsbiografien gezielt beim (Wieder-)Einstieg in Ausbildung, Qualifizierung und Beschäftigung unterstützen wollen. 13. Stellen Sie dar, wie Sie die Qualifizierung und Erwerbsintegration von Frauen strategisch mit der Fachkräftesicherung in Kassel verknüpfen wollen und in welchen Bereichen Sie besondere Potenziale sehen.	<i>11. Integration zugewanderter Frauen</i> Fachkräftesicherung gelingt nur, wenn alle vorhandenen Kompetenzen genutzt werden – unabhängig von Geschlecht, Herkunft oder Bildungsbiografie. Frauen verfügen häufig über hohe Qualifikationen, die bislang nicht oder nur verzögert in den Arbeitsmarkt einfließen, insbesondere bei zugewanderten und geflüchteten Frauen. Ein zentrales Problem ist die zu langsame und zu bürokratische Anerkennung von Abschlüssen, etwa bei Ärztinnen, Pflegefachkräften, Pädagoginnen oder Ingenieurinnen. Hier liegt die Hauptzuständigkeit auf Bundes- und Landesebene. Wir setzen uns politisch dafür ein, dass: - Anerkennungsverfahren beschleunigt, vereinfacht und transparenter werden, - Teilanerkennungen stärker genutzt werden, um frühere Berufsausübung parallel zur Nachqualifizierung zu ermöglichen, - Qualifikationen nicht entwertet, sondern systematisch weiterentwickelt werden. Auf kommunaler Ebene sehen wir unsere Verantwortung darin, diese Prozesse aktiv zu unterstützen und abzufedern:	Gute Arbeit, Qualifizierung und soziale Teilhabe sind zentrale Anliegen sozialdemokratischer Politik. Die SPD Kassel bekennt sich ausdrücklich zur Stärkung der Sozialwirtschaft als wichtigem Beschäftigungsfeld und als tragender Säule der sozialen Infrastruktur in Kassel. Wir setzen uns dafür ein, dass Frauen – insbesondere zugewanderte Frauen, langzeitarbeitslose Frauen, alleinerziehende Frauen sowie Frauen mit unterbrochenen Erwerbsbiografien – bessere Zugänge zu Ausbildung, Qualifizierung und Beschäftigung erhalten. In Kassel bestehen erfolgreiche Ansätze zur Arbeitsmarktintegration in der Sozialwirtschaft, etwa das Projekt „Sozialwirtschaft integriert“. Solche Ansätze verbinden Qualifizierung, Begleitung und Übergänge in Beschäftigung und leisten zugleich einen wichtigen Beitrag zur Fachkräftesicherung. Die SPD Kassel setzt sich dafür ein, diesen Weg weiterzuentwickeln und dauerhaft abzusichern.	11. Die CDU Kassel sieht in der Integration in Arbeit und Ausbildung den entscheidenden Schlüssel für gesellschaftliche Teilhabe und wirtschaftliche Selbstständigkeit. Das gilt ausdrücklich auch für zugewanderte und geflüchtete Frauen. Wir setzen auf eine kommunale Integrationspolitik, die Sprache, Qualifizierung und Beschäftigung konsequent miteinander verbindet. Dazu gehören aus unserer Sicht insbesondere: - frühe und alltagsnahe Sprachförderung - bessere Information über Bildungs- und --Arbeitsmöglichkeiten in Kassel - praxisnahe Qualifizierungs- und Einstiegsangebote - Zusammenarbeit mit Unternehmen, Kammern und Bildungsträgern - gezielte Ansprache von Frauen in Integrations- und Arbeitsmarktprojekten Die CDU Kassel will Integration stärker als Chance für Fachkräftesicherung und gesellschaftliche Teilhabe nutzen. Arbeit schafft Selbstständigkeit, Integration und Perspektive.	Fragen 11-14 Neben dem Ausbau der Betreuung von Kindern, der Unterstützung von Sprachkursen (mit Kinderbetreuung), ist die Kommune auch selbst Arbeitgeber und für einige Jobs verantwortlich, die zu Altersarmut führen und besonders migrantische Frauen betreffen. Die Rekommunalisierung der Gebäudereinigung von öffentlichen Schulen wäre hier mit als erstes geboten. Die Stadt Kassel spart hier auf dem Rücken von zumeist Frauen, die aufstocken müssen, weil der Lohn nicht reicht. Programme wie „Sozialwirtschaft integriert“ sind positiv, was die Förderung von Ausbildung und Familienfreundlichkeit angeht. Es ist jedoch ebenso ein Problem, dass das Programm speziell auf prekäre Jobs ausgerichtet ist. Wir haben viele hochqualifizierten Frauen aus anderen Ländern bei uns, deren Ausbildung nicht oder nur mit oft unnötig langwierigen und kostspieligen Anpassungsqualifikationen anerkannt wird und die deshalb in schlecht bezahlte Arbeitsverhältnisse gedrängt werden. Ein Willkommenszentrum wie in Wiesbaden, das aktiv unterstützt,

14. Bitte erläutern Sie, wie Sie **bestehende Angebote besser bündeln, transparenter und leichter zugänglich machen** wollen, insbesondere für Migrantinnen, Alleinerziehende und Frauen mit Betreuungspflichten.

- durch qualifizierte Anerkennungs- und Verweisberatung,
- durch Kooperationen mit Kammern, Bildungsträgern und dem Gesundheitswesen,
- durch gezielte Brückenangebote, Praktika und begleitete Einstiegsmöglichkeiten.
Sprachförderung ist dabei keine Vorstufe, sondern ein integraler Bestandteil von Qualifizierung. Wir setzen uns daher für:
- berufsbezogene und fachsprachliche Sprachkurse, flexible Kursformate, die mit Erwerbsarbeit und Care-Aufgaben vereinbar sind,
- niedrigschwellige Angebote auch parallel zur Qualifizierung.
Leider spart die schwarz-rote Bundesregierung aktuell massiv im Bereich der Sprachkurse für Migrant*innen und Geflüchtete. Aktuell sieht es danach aus, dass die Kommunen auch diese wichtige Aufgabe ohne finanzielle Unterstützung übernehmen muss. Zugleich ist uns wichtig, geschlechterstereotype Berufszuschreibungen aufzubrechen. Frauen sollen selbstverständlich Ärztinnen, Führungskräfte, Technikerinnen oder Verwaltungsleiterinnen werden können – genauso wie Männer in Pflege-, Bildungs- und sozialen Berufen tätig sein sollen. Fachkräftesicherung bedeutet für uns Wahlfreiheit, gute Arbeitsbedingungen und faire Anerkennung – nicht die Verfestigung alter Rollenbilder.

12. Wiedereinstieg in Arbeit

Frauen mit unterbrochenen Erwerbsbiografien unterstützen wir durch Teilzeit- Ausbildungen, modulare Qualifizierungsangebote und individuelle Beratung. Entscheidend für einen erfolgreichen Wiedereinstieg sind zudem verlässliche Betreuungsstrukturen. Deshalb setzen wir uns in Kassel konsequent für den Ausbau von KitaPlätzen, Ganztagsangeboten in Schulen sowie für Randzeiten-, Ferien- und Notfallbetreuung ein. Nur wenn Qualifizierung und Erwerbsarbeit mit Familien- und Care-Verantwortung vereinbar sind, wird der Wiedereinstieg realistisch möglich. Unser Ziel ist es, Frauen den (Wieder-)Einstieg in alle Berufsfelder zu ermöglichen – unabhängig davon, ob sie in Teilzeit oder Vollzeit arbeiten möchten.

13. Fachkräftesicherung

Die Qualifizierung und Erwerbsintegration von Frauen ist ein zentraler Baustein einer zukunftsfähigen Fachkräftesicherung – nicht, um Frauen auf bestimmte Berufsfel-

12. Viele Frauen verfügen über wertvolle praktische Erfahrungen, haben jedoch keinen formalen Berufsabschluss oder längere Erwerbsunterbrechungen, etwa durch Familien- oder Pflegezeiten. Die CDU Kassel will den (Wieder-)Einstieg in Qualifizierung und Beschäftigung erleichtern. Dafür setzen wir uns ein für:
- niedrigschwellige Qualifizierungs- und Nachqualifizierungsangebote
- flexible Ausbildungs- und Teilzeitmodelle
- bessere Beratung zu Bildungs- und Beschäftigungswegen
- enge Zusammenarbeit von Jobcenter, Bildungsträgern und Wirtschaft
Ziel ist es, vorhandene Fähigkeiten stärker zu nutzen und neue berufliche Perspektiven zu eröffnen. Erwerbstätigkeit stärkt Selbstständigkeit, Teilhabe und wirtschaftliche Sicherheit.

13. Die CDU Kassel sieht in der besseren Qualifizierung und Erwerbsintegration von Frauen ein wichtiges Potenzial für die Fachkräftesicherung in unserer Stadt. Wir wollen daher Qualifizierungsangebote stärker am tatsächlichen Fachkräftebedarf ausrichten und die Zusammenarbeit zwischen Unternehmen, Bildungsträgern und Arbeitsmarktakteuren weiter stärken. So können vorhandene Kompetenzen besser genutzt und neue Beschäftigungsperspektiven eröffnet werden.

14. Die CDU Kassel hält es für wichtig, bestehende Beratungs- und Qualifizierungsangebote für Frauen übersichtlicher und leichter zugänglich zu machen, insbesondere für Migrantinnen, Alleinerziehende und Frauen mit Betreuungspflichten. Dazu sollen Information und Beratung besser abgestimmt, Angebote verständlich kommuniziert und Zugänge vor Ort gestärkt werden. Ziel ist, dass Unterstützung einfach erreichbar ist und dort ankommt, wo sie benötigt wird.

halten wir für einen positiven Ansatz. In Kassel schätzen wir die Arbeit von Bengi e.V., da empirische Sozialforschung das peer-to-peer Prinzip bestätigt, welches bei diesem Projekt von Frauen mit Migrationshintergrund für Frauen mit Migrationshintergrund gelebt wird.

Zu Mehrsprachigkeit siehe auch bspw. S. 15

„Wir setzen uns dafür ein, dass Bildungs- und Teilhabeleistungen in Kassel einfach, unbürokratisch und diskriminierungsfrei zugänglich werden. Die Stadt muss hier aktiv unterstützen – durch digitale und persönliche Anlaufstellen, mehrsprachige Informationen und eine bessere Aufklärung von Eltern, Schulen und Vereinen über die bestehenden Angebote.“

oder 39

„Besondere Aufmerksamkeit gilt Familien mit Migrationsgeschichte und Alleinerziehenden. Sie tragen oft zusätzliche Lasten – sei es sprachlich, organisatorisch oder finanziell. Kassel muss diese Familien gezielt unterstützen: mit Übersetzungsangeboten, Schulsozialarbeit und niedrigschwelliger Beratung.“

„Mehrsprachige Teilhabe der Eltern: Einrichtung eines städtischen Dolmetscherpools, um bei Elternabenden, Gesprächen und Schulveranstaltungen Sprachbarrieren abzubauen“

der festzulegen, sondern um ihnen den gleichberechtigten Zugang zu allen Berufen und Qualifikationsniveaus zu ermöglichen. Gleichzeitig ist es notwendig, traditionelle Rollenbilder aufzubrechen. Pflege, Bildung und soziale Dienstleistungen sind gesellschaftlich unverzichtbare Berufsfelder, in denen wir gezielt auch Männer für Ausbildung und Beschäftigung gewinnen müssen. Fachkräftesicherung gelingt nur, wenn Berufe nicht länger entlang von Geschlechterstereotypen gedacht werden. Kommunal setzen wir uns daher dafür ein:

- Frauen beim Einstieg und Aufstieg in allen Berufsfeldern zu unterstützen – von Handwerk, Technik und Verwaltung bis hin zu Gesundheits- und Sozialberufen, Zugangsbarrieren abzubauen, etwa durch Qualifizierung, Teilzeitmodelle, flexible Lernformate und gute Vereinbarkeit, - Berufsorientierung und Qualifizierungsangebote geschlechtergerecht und klischeefrei auszurichten, Care-Berufe aufzuwerten und gleichzeitig gezielt Männer für diese Tätigkeiten zu gewinnen. Unser Ziel ist eine Fachkräftesicherung, die auf Gleichstellung, Wahlfreiheit und faire Arbeitsbedingungen setzt – nicht auf neue Zuschreibungen.

14. Bündelung und bessere Zugänglichkeit von Angeboten

In Kassel gibt es bereits etablierte Beratungs-, Bildungs- und Unterstützungsangebote für Migrantinnen, Alleinerziehende und Frauen mit Betreuungspflichten – unter anderem bei freien Trägern, Wohlfahrtsverbänden und Einrichtungen wie dem Kulturzentrum Schlachthof.

Wir setzen uns dafür ein,

- Zugänge niedrigschwellig, mehrsprachig und barrierefrei zu gestalten,
- Beratungs-, Qualifizierungs- und Unterstützungsangebote aufeinander abzustimmen, statt sie nebeneinander laufen zu lassen,
- insbesondere Frauen mit Care-Verantwortung durch klare Informationen, Lotsenfunktionen und wohnortnahe Strukturen zu entlasten.

Dabei wollen wir bewährte Kasseler Strukturen stärken, nicht neue Parallelangebote schaffen. Ziel ist es, dass Frauen schnell, verständlich und ohne Umwege die Unterstützung finden, die sie benötigen – unabhängig davon, ob es um Arbeit, Qualifizierung, Beratung oder soziale Absicherung geht.

V. Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf

15. Bitte erläutern Sie, welche **konkreten Ausbauziele** Sie bei Kinderbetreuung, Randzeitenangeboten, Ferienbetreuung und Notfallbetreuung verfolgen und wie diese umgesetzt werden sollen.

16. Beschreiben Sie, wie die Stadt **pflegende Angehörige – überwiegend Frauen – stärker entlasten und unterstützen** will und welche Rolle kommunale Beratungsund Unterstützungsstrukturen dabei spielen sollen.

17. Legen Sie dar, wie **Stadtentwicklung, Verkehrsplanung und Infrastrukturpolitik** stärker auf die Anforderungen von Care-Arbeit und Familienalltag ausgerichtet werden sollen.

15. Kinderbetreuung

Der konsequente Ausbau von Kita-Plätzen, Ganztagsangeboten in Schulen sowie von Randzeiten-, Ferien- und Notfallbetreuung ist für uns eine zentrale Voraussetzung für Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf. Diese Angebote sind zugleich ein entscheidender Schlüssel für den beruflichen (Wieder-)Einstieg von Frauen (vgl. Punkt 13). Nur wenn Betreuung verlässlich, zeitlich passend und bezahlbar ist, können Qualifizierung, Ausbildung und Erwerbsarbeit tatsächlich aufgenommen oder ausgeweitet werden. Deshalb treiben wir den Ausbau der Betreuungsinfrastruktur in Kassel konsequent voran und achten dabei besonders auf: bedarfsgerechte Öffnungszeiten, gute Erreichbarkeit, qualitative Verbesserung der Angebote, z.B. durch kleinere Gruppen, und die Entlastung von Familien mit besonderen Betreuungsbedarfen.

16. Pflegende Angehörige

Pflegende Angehörige – überwiegend Frauen – leisten einen unverzichtbaren Beitrag für unsere Gesellschaft. Diese Care-Arbeit ist oft unsichtbar, emotional belastend und zeitlich kaum planbar. Kommunale Politik muss hier gezielt entlasten und unterstützen. Wir setzen uns dafür ein, - Beratungsangebote für pflegende Angehörige auszubauen und besser erreichbar zu machen, insbesondere niedrigschwellig, wohnortnah und mehrsprachig, - Pflegeberatung, Sozialdienste, Quartiersarbeit und Gesundheitsangebote stärker zu vernetzen, um Doppelstrukturen zu vermeiden und Zugänge zu erleichtern, - Entlastungsangebote wie Kurzzeitpflege, Tagespflege, Nachbarschaftshilfen und Unterstützungsnetzwerke bekannter und nutzbarer zu machen, - pflegende Angehörige frühzeitig zu erreichen, um Überforderung, Vereinsamung und gesundheitliche Folgen zu vermeiden. Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass die Stadt Kassel ihre Rolle als Lotsin im komplexen Pflegesystem aktiv wahrnimmt - nicht verwaltend, sondern unterstützend.

17. Care-gerechte Stadtentwicklung

Stadtentwicklung ist nicht geschlechtsneutral. Planung, Verkehr und Infrastruktur entscheiden darüber, wie gut Care-Arbeit im Alltag

Die Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf ist für die SPD Kassel ein zentrales gleichstellungs- und sozialpolitisches Anliegen. Sie ist Voraussetzung für echte Chancengleichheit von Frauen und Männern.

Wir setzen uns für den Ausbau und die qualitative Weiterentwicklung der Kinderbetreuung ein. Gute, verlässliche und bedarfsgerechte Betreuungsangebote sind eine zentrale Grundlage für die Teilhabe von Frauen am Arbeitsmarkt. Hierbei ist uns seine faire Kitaplatz-Vergabe wichtig, auch Arbeits- oder Ausbildungsplatzsuchende sollen Anspruch auf einen Ganztagsplatz bekommen.

Auch die Situation pflegender Angehöriger – überwiegend Frauen – nehmen wir stärker in den Blick. Beratungs- und Unterstützungsangebote sollen weiter gestärkt werden.

15. Die CDU Kassel sieht verlässliche Kinderbetreuung als zentrale Voraussetzung für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Unser Ziel ist ein bedarfsgerechtes und verlässliches Betreuungsangebot für Familien in allen Stadtteilen. Wir setzen uns daher ein für: - weiteren bedarfsgerechten Ausbau von Kita- und Betreuungsplätzen - verlässliche Ferien- und ergänzende Betreuungsangebote - gute Planbarkeit und Qualität der Betreuungseinrichtungen Familien sollen sich darauf verlassen können, dass Betreuung in Kassel funktioniert und Erwerbstätigkeit ermöglicht. Gute frühkindliche Bildung und Betreuung ist zugleich eine zentrale Investition in Chancengerechtigkeit.

16. Viele pflegende Angehörige leisten täglich große Verantwortung – häufig neben Beruf und Familie. Die CDU Kassel will diese Leistung stärker unterstützen und entlasten. Wichtig sind aus unserer Sicht: - gut erreichbare Beratungs- und Unterstützungsangebote - bessere Information über bestehende Hilfen und Leistungen - Stärkung ambulanter Unterstützungsstrukturen - Entlastungsangebote im Alltag pflegender Angehöriger Pflege in der Familie verdient gesellschaftliche Anerkennung und verlässliche Unterstützung. Kommunale Strukturen sollen dazu beitragen, dass Pflege zu Hause möglich bleibt und Angehörige nicht überfordert werden.

17. Die CDU Kassel will Stadtentwicklung und Infrastruktur grundsätzlich an den Alltagsbedürfnissen der Menschen ausrichten. Dazu gehören auch Anforderungen von Familien und Personen mit Betreuungs- oder Pflegeaufgaben. Wichtig sind aus unserer Sicht: - gut erreichbare Angebote der Daseinsvorsorge in den Stadtteilen - sichere Wege und eine verlässliche Nahversorgung - lebensnahe und generationengerechte Quartiersentwicklung Ziel ist eine Stadt, die den Alltag für Familien erleichtert und in allen Lebensphasen gut funktioniert. Stadtentwicklung soll sich insgesamt an den tatsächlichen Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger orientieren.

Fragen 15-17

Wir setzen uns unaufhaltsam für viele soziale Entlastungen von Frauen und Familien ein und tragen keinerlei Kürzungen im sozialen Bereich mit. Es gibt genug finanzielle Ressourcen, sie sind aber gerade in Deutschland sehr ungleich verteilt. Hier ist es Aufgabe des Staates regulierend einzugreifen. Deshalb setzen wir uns auf Bundesebene für eine Vermögenssteuer ein. Die kürzlich zum Thema erstellte Studie des DIW beweist, dass Hessen damit jährlich 8 Milliarden Euro zur Verfügung hätte.

Hier ein Überblick über zentrale Forderungen der Linken, die wie oben erwähnt nicht nur zeitgemäß, sondern auch finanzierbar wären:

Inklusive rund um die Uhr verfügbarer Betreuung für Kinder, Menschen mit Assistenzbedarf und Senior*innen, Kostenfreies gesundes Mittagessen in Schulen und Kitas, öffentliche Eltern-Kind-Krippen, Stärkung von diversen Beratungs- und Hilfestrukturen, die sorgende Stadt: Sorgezentrum in jedem Stadtteil mit kommunalem medizinischem Versorgungszentrum, ambulantem Pflegedienst und öffentlicher Kantine, kommunale Seniorenwohnheime und betreutes Wohnen Stadtplanung, die auf Stadtteile mit kurzen Wegen setzt, gut ausgebauter kostenfreier ÖPNV und Radwege, die auch für Kinder sicher sind.

Konkrete Ausbauziele zu Kinder, Jugend, Bildung finden sich im Wahlprogramm unter anderem auf S. 35-38 Zu Pflege siehe S. 50-55

bewältigt werden kann. Deshalb wollen wir Kassel konsequent care-gerecht weiterentwickeln.

Das bedeutet für uns:

- kurze Wege zwischen Wohnung, Kita, Schule, Pflege, Einkauf und medizinischer Versorgung,
- sichere, barrierefreie und gut beleuchtete Fuß- und Radwege, die auch mit Kinderwagen, Rollstuhl oder Gehhilfe nutzbar sind,
- einen verlässlichen, bezahlbaren öffentlichen Nahverkehr, der CareWege mitdenkt (z. B. Umsteigezeiten, Taktungen, Erreichbarkeit sozialer Infrastruktur),
- wohnortnahe soziale Infrastruktur in Quartieren, etwa Familienzentren, Pflege- und Beratungsangebote,
- Beteiligung von Frauen und pflegenden Angehörigen bei Stadtentwicklungs- und Verkehrsprojekten.

Care-gerechte Stadtentwicklung heißt für uns: Alltagstauglichkeit vor Symbolpolitik. Planung muss sich an den Lebensrealitäten derjenigen orientieren, die Sorgearbeit leisten – nicht an idealisierten Vollzeitmodellen.

18. Frauengesundheit stärken – kommunal handeln, bundesweit einfordern

Die medizinische Versorgung von Frauen leidet bis heute darunter, dass Forschung, Diagnostik und Medikation über Jahrzehnte am männlichen Körper ausgerichtet waren und es auch immer noch sind. Geschlechtsspezifische Symptome – etwa bei Herzinfarkten – werden bei Frauen häufig zu spät erkannt, Nebenwirkungen von Medikamenten unterschätzt. Die grundlegende Verantwortung für Forschung, Leitlinien und Zulassungsverfahren liegt auf Bundes- und Landesebene. Wir setzen uns politisch dafür ein, dass:

- geschlechtsspezifische Unterschiede in Forschung und Medizin verbindlich berücksichtigt werden,
- untererforschte gynäkologische Krankheiten wie Endometriose endlich intensiv erforscht werden,
- Arzneimittelstudien und medizinische Leitlinien gendersensibel ausgestaltet werden,
- Ärztinnen- und Ärzteausbildung entsprechende Inhalte systematisch integriert.

Frauengesundheit ist ein wichtiger Bestandteil sozial gerechter Kommunalpolitik. Gesundheitliche Chancen dürfen nicht von Einkommen, Herkunft oder Lebenslage abhängen.

Die SPD Kassel setzt sich für eine niedrigschwellige, gut erreichbare Gesundheitsversorgung ein, die die besonderen Bedürfnisse von Frauen berücksichtigt. Dazu gehören medizinische Angebote ebenso wie psychosoziale Beratung, Prävention, Selbsthilfeangebote und Unterstützung nach Gewalterfahrungen.

Frauensport wollen wir stärken indem wir Angebote speziell für Frauen ausbauen. Sportangebote für Frauen schaffen sichere Räume nicht nur zur Bewegung sondern auch Vernetzung.

18. Die CDU Kassel sieht eine gute gesundheitliche Versorgung als zentrale Aufgabe kommunaler Daseinsvorsorge. Wir setzen uns dafür ein, bestehende Angebote verlässlich zu sichern, ihre Erreichbarkeit zu verbessern und die Vernetzung zwischen Gesundheits-, Beratungs- und Sozialstrukturen weiter zu stärken. Wichtig ist, dass Frauen in belastenden Lebenssituationen schnell Zugang zu Unterstützung erhalten. Ziel ist eine wohnortnahe, gut abgestimmte Gesundheits- und Beratungsstruktur in Kassel. Eine starke Gesundheitsversorgung vor Ort ist wesentlicher Bestandteil kommunaler Verantwortung.

19. Die CDU Kassel hält es für wichtig, dass Gewalt gegen Frauen im Gesundheits- und Sozialbereich frühzeitig erkannt wird und Betroffene verlässlich Unterstützung erhalten. Dazu sollen aus unserer Sicht:

- Fachkräfte in Gesundheits- und Sozialberufen für das Thema sensibilisiert werden
- klare Verfahren zur Weitervermittlung an Beratungs- und Hilfsangebote bestehen
- Zusammenarbeit zwischen

Frage 18 und 19

In unserer Vision der oben bereits beschriebenen Sorgezentren mit angeschlossenen MVZs würde ein interdisziplinäres Team aus diversen (Fach-)Ärzt*innen, Fachpfleger*innen, Hebammen, Psychotherapeut*innen, Sozialarbeiter*innen, Physio- und Ergotherapeut*innen, Sprachmittler*innen und Administrator*innen niedrigschwellig, kultursensibel und ohne lange Wege für die umfassende Gesunderhaltung der Menschen im Stadtteil sorgen. Dazu gehört beispielsweise selbstverständlich auch Verhütungs-, Schwangerschafts- und Stillberatung; (vorallem medikamentöse) Abtreibungen, wie auch die medizinische Versorgung von Trans*personen. Außerdem wird durch regelmäßige Teamfortbildungen sichergestellt, dass neueste wissenschaftliche Erkenntnisse, beispielsweise auch zu medizinischen Unterschieden von Krankheitsbildern und Medikation zwischen Frauen und Männern beachtet werden.

Aber wir warten nicht auf die Umsetzung dieser Vision, auch jetzt schon werden wir uns für die Erreichung dieser Forderungen in den bestehenden Institutionen einsetzen. Außerdem unterstützen wir die Einrichtung

VI. Frauengesundheit

18. Bitte stellen Sie dar, wie Sie den **Ausbau niedrigschwelliger, gut erreichbarer Angebote für Frauengesundheit** in Kassel voranbringen wollen (z. B. psychische Gesundheit, Gewaltfolgen, Beratung, Prävention).

19. Erläutern Sie, wie Sie **sicherstellen wollen, dass Gewalt gegen Frauen im Gesundheits- und Sozialbereich frühzeitig erkannt** und Betroffene verlässlich unterstützt und weitervermittelt werden.

	Als Kommune nutzen wir unsere Handlungsspielräume, indem wir: - Aufklärung und Gesundheitsbildung für Frauen stärken, - das Gesundheitsamt und Beratungsstellen für gendersensible Gesundheitsthemen sensibilisieren, - Netzwerke zwischen Gesundheitswesen, Frauenberatungsstellen und Zivilgesellschaft fördern. <i>19. Früherkennung, Sensibilisierung und Vernetzung im Gesundheitsund Sozialbereich</i> Auch wenn die medizinische Systemsteuerung nicht kommunal erfolgt, können Kommunen einen entscheidenden Beitrag leisten, um Fehl- und Späterkennungen zu reduzieren. Wir setzen uns dafür ein: - dass Fachkräfte im Gesundheits- und Sozialbereich für geschlechtsspezifische Symptome (z. B. Herzinfarkt bei Frauen) und für die gesundheitlichen Folgen von Gewalt sensibilisiert werden, - dass bestehende Fortbildungsangebote und Netzwerke diese Perspektive stärker aufgreifen, - dass mit dem Childhood Haus ein Schutzraum für junge Frauen und Mädchen, die Gewalterfahrungen gemacht haben, in Kassel entsteht, - dass klare Verweis- und Unterstützungsketten zwischen Gesundheitsdiensten, Beratungsstellen und dem Amt für Chancengleichheit bestehen, - dass die Stadt Kassel ihre Stimme nutzt, um diese Themen in Fachgremien, Landes- und Bundeszusammenhängen aktiv einzubringen.		Gesundheitswesen, Beratung und Hilfestrukturen gestärkt werden Ziel ist, dass betroffene Frauen möglichst früh Unterstützung erhalten und bestehende Hilfsangebote wirksam greifen können.	eines Hebammenkreißsaals im Klinikum und ein kommunales Geburtshaus, um Gebärenden mehr Wahlmöglichkeit zu geben. Hier wäre zudem wünschenswert wenn das Gesundheitsamt zusammen mit dem Amt für Chancengleichheit eine task-force zum Thema Gewalt gegen Frauen im Gesundheits- und Sozialbereich gründet und regelmäßige, verbindliche Fortbildungen zum Thema anbieten würde. Dadurch kann sichergestellt werden, dass die Beratungsstellen, wie auch die Polizei ausreichend geschult sind. Darüber hinaus wird mit einer Öffentlichkeitskampagne die Bevölkerung informiert. Als ersten Schritt können wir in der kommenden Legislaturperiode eine Anfrage zum Thema an den Magistrat stellen. Siehe auch im Wahlprogramm S. 54-57
VII. Kultur, Frauengeschichte und demokratische Erinnerungskultur 20. Bitte legen Sie dar, wie Sie die Sichtbarkeit von Frauen in der städtischen Kulturarbeit und Kulturförderung systematisch stärken wollen. Gehen Sie dabei insbesondere darauf ein, wie bei städtisch geförderten Kulturformaten Künstlerinnen, Komponistinnen und Kulturschaffende – auch historisch vergessene – gezielt berücksichtigt und öffentlich vermittelt werden sollen.	<i>20. Frauen in der Kulturarbeit</i> Kassel ist eine international bedeutende Kulturstadt. Mit Institutionen wie der documenta trägt die Stadt eine besondere Verantwortung für Gleichstellung, Sichtbarkeit und Teilhabe in der Kulturarbeit. Wir setzen uns dafür ein, dass - Künstlerinnen, Kuratorinnen und Kulturschaffende systematisch sichtbar werden – in Programmen, Ausstellungen, Vermittlungsformaten und der öffentlichen Kommunikation, - Gleichstellungskriterien verbindlich in der städtischen Kulturförderung verankert werden, ohne künstlerische Freiheit einzuschränken, - strukturelle Benachteiligungen in der	Kultur ist ein zentraler Bestandteil gesellschaftlicher Teilhabe und demokratischer Bildung. Die SPD Kassel setzt sich dafür ein, dass Frauen in der städtischen Kulturarbeit und Kulturförderung stärker sichtbar werden. Die SPD Kassel ist stolz darauf, dass mit dem Euregio-Verlag ein Kasseler Akteur seit Jahren Werke von Komponistinnen erschließt. Ebenso kommt Kassel mit dem Archiv der Deutschen Frauenbewegung eine bundesweit herausragende Rolle in der Bewahrung von Frauengeschichte zu.	20. Die CDU Kassel unterstützt eine Kulturförderung, die die Vielfalt des kulturellen Schaffens in unserer Stadt abbildet. Dazu gehört auch, Beiträge von Künstlerinnen und Kulturschaffenden angemessen zu berücksichtigen und sichtbar zu machen. Bei städtisch geförderten Kulturformaten kann darauf geachtet werden, dass Frauen in Kunst und Kultur entsprechend vertreten sind und ihre Arbeiten vermittelt werden. Ziel ist eine ausgewogene Darstellung kultureller Perspektiven in Kassel.	Frage 20-21: Die Kulturförderung bedarf einer Überarbeitung - das Verfahren muss demokratischer und mehr an den Bedarfen der Kulturschaffenden ausgerichtet sein - außerdem sollten FLINTA* sowie migrantische Initiativen vorrangig behandelt werden. Der Kunst- und Kulturbetrieb ist stark selbstprekarisierend, das ist insbesondere für FLINTA* (mit Sorgeverantwortung) ein Problem. Bei städtischen Veranstaltungen sollte auch bei Kulturbeiträgen eine Quotierung herrschen. Eine Umbenennung von Straßen hin zu weiblichen, regionalen Persönlichkeiten

21. Bitte erläutern Sie, **wie das demokratische und frauenpolitische Erbe von Elisabeth Selbert sowie die Geschichte von Frauen in Kassel stärker und dauerhaft in der städtischen Erinnerungskultur verankert werden sollen.** Gehen Sie dabei ausdrücklich auch darauf ein, wie **Sie zu der Idee stehen, die Universität Kassel nach Elisabeth Selbert zu benennen**, und welche Rolle die Stadt Kassel aus Ihrer Sicht spielen kann, um einen solchen Prozess **politisch, kulturell und im Dialog mit Universität und Öffentlichkeit** zu unterstützen.

Kulturarbeit abgebaut werden, etwa durch transparente Förderverfahren und faire Arbeitsbedingungen - wichtige frauenpolitische Veranstaltungen wie „ungehaltene Reden ungehaltener Frauen“ trotz massiver Kürzungen auf Landesebene weiterhin in Kassel stattfinden können, - insbesondere Frauen, queere Personen und mehrfach marginalisierte Kulturschaffende bessere Zugänge zu Förderung, Netzwerken und öffentlichen Plattformen erhalten. Kulturpolitik verstehen wir nicht nur als Standortpolitik, sondern als demokratische Aufgabe. Gerade in Zeiten gesellschaftlicher Polarisierung braucht es eine vielfältige, kritische und gleichberechtigte Kulturlandschaft.

21. Elisabeth Selbert und Erinnerungskultur
Das frauenpolitische Erbe von Elisabeth Selbert ist für Kassel von herausragender Bedeutung. Wir wollen dieses Erbe dauerhaft, sichtbar und lebendig in der städtischen Erinnerungskultur verankern und entsprechende Bildungs- und Kulturformate stärken. Dazu gehören:
- die stärkere Vermittlung von Selberts Wirken in Schulen, Kultur- und Bildungsprojekten,
- die Sichtbarmachung von Frauen in der Kasseler Stadtgeschichte insgesamt, - die Unterstützung von Initiativen, die Demokratie-, Frauen- und Grundrechte thematisieren. Grundsätzlich halten wir es für eine sehr gute Idee, Institutionen, Straßen oder Gebäude nach herausragenden Frauen zu benennen. Die Entscheidung über eine mögliche Benennung der Universität Kassel nach Elisabeth Selbert obliegt jedoch alleine der Universität selbst. Wir respektieren diese institutionelle Zuständigkeit ausdrücklich.

Das Wirken von Elisabeth Selbert, Sozialdemokratin, Mitverfasserin des Grundgesetzes und aufrechte Demokratin, ist untrennbar mit Kassel verbunden. Bislang ist keine bundesdeutsche Universität nach einer Frau benannt. Die SPD Kassel unterstützt einen dialogorientierten Prozess, um der Universität Kassel den Namen Elisabeth Selbert zu geben.

21. Elisabeth Selbert ist eine bedeutende Persönlichkeit der Kasseler Stadtgeschichte und der deutschen Demokratie. Die CDU Kassel unterstützt, ihr Wirken und die Rolle von Frauen in der Stadtgeschichte weiterhin in geeigneter Form sichtbar zu halten. Eine mögliche Benennung der Universität Kassel liegt in der Zuständigkeit von Hochschule und Land. Die Stadt kann einen solchen Prozess bei Bedarf dialogorientiert begleiten. Ziel ist eine Erinnerungskultur, die wichtige Persönlichkeiten der Stadt würdigt und historische Zusammenhänge vermittelt.

wäre ein guter Anfang. Es gibt den Beschluss, dass bei neuen Straßen vorrangig Frauen benannt werden sollen wie zum Beispiel in Frankfurt, das sollten wir in Kassel auch so beschließen. Dann wäre die Straße am Arbeitsamt nicht nach einem ehemaligen Bürgermeister, sondern nach einer Frau benannt worden. Der Umbenennung der Uni würden wir nicht im Weg stehen - so würden sich die Studierenden auch mehr mit der regionalen Geschichte auseinandersetzen. Wichtiger wäre uns aber die finanziellen Kürzungen an den Unis zu verhindern. Die Verankerung bekannter Frauen der Stadtgeschichte durch Initiativen wie die Elisabeth Selbert Statue ist stark zu begrüßen und hätte mehr von der Stadt unterstützt werden sollen. Ebenso unterstützenswert ist das Anliegen die Nujin Statue aufzustellen- an der Uni oder in Stadt.

Siehe auch S. 57-61

**Abschlussfrage:
Politische Prioritäten und
Verbindlichkeit**

22. Bitte benennen Sie die **drei frauenpolitischen Vorhaben**, die für Sie in der kommenden Wahlperiode **höchste Priorität** haben. Erläutern Sie zu jedem dieser drei Punkte:
- welches **konkrete Ziel** Sie erreichen wollen,
- welche **Maßnahmen** Sie dafür umsetzen werden,
- und **wie Sie sich dafür in Koalitionsverhandlungen und Haushaltsentscheidungen mit Nachdruck einsetzen werden.**

1. Gewalt gegen Frauen konsequent verhindern – Schutz sichern, Ursachen angehen Frauen und Kinder müssen in Kassel wirksam vor Gewalt geschützt sein – unabhängig von Einkommen, Herkunft oder Aufenthaltsstatus.
Maßnahmen:
- dauerhafte Absicherung und bedarfsge-rechter barrierefreier Ausbau von Frauenhäusern, Schutzwohnungen und Fachberatungsstellen,
- verbindliche Umsetzung der Istanbul-Kon-vention mit Koordination,
Monitoring und ressortübergreifender Zu-sammenarbeit,
- konsequente Prävention, die Männer und Jungen gezielt einbezieht und
Gewaltursachen adressiert,
- stärkere Begleitung und Entlastung Betrof-fener durch verlässliche
Kooperationsketten, psychosoziale Unter-stützung und vertrauliche
Spurensicherung. Dieses Thema hat für uns höchste Priorität in
Haushalts- und Koalitionsverhandlungen. Schutz vor Gewalt ist nicht
verhandelbar!

2. Care-Arbeit gerecht organisieren – Ver-einbarkeit ermöglichen, Alltag entlasten Frauen sollen nicht zwischen Erwerbsar-beit, Qualifizierung, Pflege und Familienver-antwortung zerrieben werden.
Maßnahmen:
- konsequenter Ausbau von Kita-Plätzen, Ganztags-, Randzeiten-,
Ferien- und Notfallbetreuung,
- gezielte Entlastung pflegender Angehöri-ger durch Beratung, Vernetzung und Unter-stützungsangebote,
- care-gerechte Stadtentwicklung mit kur-zen Wegen, sicherer Mobilität
und wohnortnaher Infrastruktur.
Care-Politik ist für uns Kern kommunaler Daseinsvorsorge und wird bei
Investitions- und Planungsentscheidungen systematisch berücksichtigt.

3. Gleichstellung als demokratisches Prin-zip verankern – intersektional, verbindlich, sichtbar Gleichstellung soll kein Zusatz, sondern Grundlage kommunaler Politik sein.
Maßnahmen:
- konsequente Anwendung von Gender Mainstreaming und
Gleichstellungsfolgenabschätzungen,
- paritätische Besetzung von Gremien und

Für die SPD Kassel haben frauenpolitisch besonders hohe Priorität:
1. Der Schutz von Frauen und Mädchen vor Gewalt sowie die Stärkung bestehender Hilfestrukturen.
2. Die gleichberechtigte politische Teilhabe von Frauen und die Förderung.
3. Die Integration von Frauen in Arbeit, Qualifizierung und Ausbildung als Beitrag zur sozialen Teilhabe und Fachkräftesicherung.
4. Die Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf.
5. Die Sichtbarkeit von Frauen in Kultur, Geschichte und demokratischer Erinnerung.

Diese Schwerpunkte werden wir mit Nachdruck in politische Entscheidungspro- zesse, Haushaltsberatungen und mögliche Koalitionsverhandlungen einbringen.

Die CDU Kassel sieht die Verbesserung von Sicherheit, Vereinbarkeit und Teilhabe als zentrale frauenpolitische Handlungsfel- der in der kommenden Wahlperiode.
1. Sicherheit und Schutz vor Gewalt
Ziel ist, dass Frauen sich in Kassel sicher fühlen und bei Gewalt schnell Unterstüt- zung erhalten. Dazu wollen wir Sicherheitsmaßnahmen im öffentlichen Raum weiter verbessern und bestehende Beratungs- und Hilfsstrukturen verlässlich sichern. Dieses Ziel werden wir bei Haushaltsentscheidungen und Sicherheitsmaßnahmen der Stadt priorisieren.
2. Vereinbarkeit von Familie und Beruf
Ziel ist eine verlässliche Kinderbetreuung und familienfreundliche Rahmenbedingungen in Kassel. Dazu setzen wir uns für den bedarfsgerechten Ausbau und die Qualität der Betreuungsangebote ein. Familienfreundliche Infrastruktur bleibt für uns ein Schwerpunkt kommunaler Investitionen.
3. Teilhabe durch Bildung, Arbeit und Integration
Ziel ist, Frauen in Kassel bessere Chancen auf Qualifizierung, Erwerbstätigkeit und gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen – unabhängig von Herkunft oder kulturellem Hintergrund. Für uns gilt: Haltung zählt, nicht Herkunft.
Dazu wollen wir Qualifizierungs- und Beratungsangebote stärken, Integration in Arbeit unterstützen und bestehende Angebote besser zugänglich machen, insbesondere für zugewanderte Frauen oder nach Familienphasen.
Die CDU Kassel verfolgt das Ziel, dass alle Frauen in unserer Stadt faire Chancen auf Teilhabe und Selbstständigkeit erhalten und Integration durch Bildung und Arbeit gelingt.
Diese drei Schwerpunkte verbinden Sicherheit, soziale Teilhabe und wirtschaftliche Perspektiven und entsprechen den zentralen Zielen der CDU Kassel für eine funktionierende und lebensnahe Stadt.

Die Sicherung der Lebensgrundlagen von Frauen, Männern und Kindern ist das zentrale Thema unserer Partei. Da Armut auch in Deutschland ein weibliches Ge- sicht hat, sind all unsere Grundforderungen die Verbesserung des Lebens von Frauen gerichtet.

Bezahlbares Wohnen: Wenn Frau auszie- hen kann, wenn sie zu Hause von Gewalt bedroht ist, wer das Einkommen nicht groß- teils für die Miete ausgibt, wer kurze Wege hat, weil sie nicht in den Landkreis ziehen muss, hat leichteren Zugang zu Schutz und Unabhängigkeit. Der jetzige Mietennotstand trifft Frauen besonders. Von alleinerziehen- den Transferleistungsbeziehenden zahlen 25 Prozent aus dem Regelsatz einen Teil für die Miete. Das ist ein Skandal. Wichtige Maßnahmen sind die Erhöhung der Sozi- alwohnungsquote, die Festschreibung von Sozialbindung und die gezielte Unterstüt- zung für besonders vulnerable Gruppen. Mehr öffentlicher Wohnraum und conse- quentes Ahnden bei Mietwucher und Tä- tigwerden der Wohnungsaufsicht. Unsere Koalition ist hier mit den Mieterinnen und Mietern, um ihre Stimme im Rathaus zu verstärken.

Kümmern statt Kürzen: Wir setzen uns für eine radikal soziale Gesellschaft ein und fordern, wie oben manigfaltig ausgeführt, den Erhalt, Ausbau und Kommunalisierung der sozialen Infrastruktur und Daseinsvor- sorge, dazu gehört prioritär der Ausbau von Betreuungsangeboten und gesundem Regionalen Mittagessen das kostenlos zugänglich ist.

Sozialökologische Transformation: auch die Folgen der Klimakatastrophe betreffen Frauen und Kinder überproportional. Damit ist unser Engagement für Wärmewende und Klimaneutralität 2030 auch ein frauen- politischer Beitrag.

Sichere und angemessen entlohnte Arbeit: Wir fordern gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Der gender-pay gap ist ein Skandal, der nur durch Tarifbindung und starke Gewerk- schaften beendet werden kann. Aber auch der Niedriglohnsektor muss ausgetrocknet werden: denn gerade Frauen und Queers sind aufgrund von Sorgearbeit oder als Folge von psychischer Erkrankung durch Gewalterfahrungen häufiger in prekären Arbeitsverhältnissen oder Teilzeit tätig. Wir

Führungspositionen sowie Vorbildfunktion der Stadt,
- Stärkung des Amts für Chancengleichheit und intersektionale Perspektive in allen Politikfeldern,
- politische Initiative auf Landes- und Bundesebene dort, wo kommunale Zuständigkeiten enden (z. B. Medizin, Anerkennung von Qualifikationen).
Wir werden Gleichstellung aktiv in Koalitionsverhandlungen einbringen.

setzen uns, zusammen mit den Gewerkschaften für verbesserte Arbeitsbedingungen gerade auch in der Pflege ein, einem überwiegend von Frauen ausgeübter Beruf, damit wir alle im Krankheitsfall gut versorgt werden.

Diplomatie statt ungebremster Militarisierung: Frauen sind in Krisen und Kriegen, aber auch in Friedenszeiten als Soldatinnen innerhalb von Armeen einem erhöhten Risiko für sexualisierte Gewalt ausgesetzt. Auch aus diesem Grund ist jeder Konflikt, der diplomatisch und nicht kriegerisch ausgetragen wird, ein Gewinn: gerade auch für Frauen.